OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen:
LVwG-851316/14/SE/LB

Datum:
Linz, 7. August 2020

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich erkennt durch seine Richterin Mag. Ellmer über die Beschwerde von G. B., vertreten durch E. & P. OG, Rechtsanwälte – Strafverteidiger, x, x, gegen den Bescheid der Oö. Landesregierung vom 10. Oktober 2019, GZ: AUWR-2018-398154/17-HR/Rib, betreffend Einräumung von Dienstbarkeiten nach dem Oö. Starkstromwegegesetz 1970 nach Durchführung einer öffentlichen mündlichen Verhandlung

A. zu Recht erkannt:

I. Die Beschwerde wird mit der Maßgabe, dass Spruchpunkt III.2. des angefochtenen Bescheids dahingehend abgeändert wird, dass die N. O. GmbH, x, x, den dort festgelegten Kostenersatz auf das Konto des nunmehrigen Rechtsvertreters des Beschwerdeführers einzubezahlen hat, als unbegründet abgewiesen.

II. Der N. O. GmbH, x, x, wird aufgetragen, dem Beschwerdeführer eine Pauschalvergütung in der Höhe von 500 Euro binnen zwei Wochen ab Rechtskraft dieses Erkenntnisses bei sonstiger Exekution zu ersetzen. Der Kostenersatz ist auf das Konto des Rechtsvertreters des Beschwerdeführers einzubezahlen.

III. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

B. den B e s c h l u s s gefasst:

I. Der Antrag des Beschwerdeführers vom 22. Juni 2020 auf Aussetzung des Beschwerdeverfahrens wird als unbegründet abgewiesen.

II. Der Antrag des Beschwerdeführers vom 22. Juni 2020 auf Beischaffung und Verlesung des Aktes des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich, Zl. LVwG-850368, wird als unbegründet abgewiesen.

II. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I.1. Mit Bescheid der Oberösterreichischen Landesregierung (in der Folge: belangte Behörde) vom 1. Juli 2016, GZ: AUWR-2014-47901/109-Gu/Kj/Sc, wurde der N. O. GmbH bzw. der E. AG Oberösterreich (in der Folge: mitbeteiligte Partei) im Spruchteil A unter näher vorgeschriebenen Auflagen und Bedingungen die starkstromwegerechtliche Bau- und Betriebsbewilligung für den Neubau der 110 kV-Freileitung Ried-Raab und den Neubau des 110/30 kV-Umspannwerkes Raab erteilt.

Die dagegen erhobenen Beschwerden wurden mit Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich vom 18. April 2017, GZ: LVwG-850650/30/SE - 850675/2, als unbegründet abgewiesen.

I.2. Der Verfassungsgerichtshof hat die Behandlung der gegen diese Entscheidung erhobenen Beschwerden mit Beschluss vom 27. Juni 2017, E 1900/2017-7, abgewiesen. Die eingebrachten außerordentlichen Revisionen wurden vom Verwaltungsgerichtshof mit Beschluss vom 20. Dezember 2017, Ra 2017/04/0107 bis 0108-10, zurückgewiesen.

I.3. Alle sonstigen erforderlichen Bewilligungen für das Vorhaben der Netz Oberösterreich GmbH „110 kV-Freileitung Ried-Raab“ sind rechtskräftig vorhanden.

I.4. In der von der belangten Behörde durchgeführten mündlichen Verhandlung am 8. August 2019 gab der beigezogene Amtssachverständige für Elektrotechnik und Energiewirtschaft folgendes Gutachten ab (auszugsweise Wiedergabe ohne Hervorhebungen):

„[…]
Die elektrische Leitungsanlage ist aus Gründen der Versorgungssicherheit und Zuverlässigkeit eines sicheren elektrischen Verteilnetzes, sowie den Ansprüchen seitens der Bevölkerung und der Wirtschaft an die Sicherheit, Dauerhaftigkeit und Qualität der Stromversorgung im Bereich Raab nach dem (n - 1)-Planungskriterium notwendig und ausführlich in den durchgeführten Genehmigungsverfahren der Oberösterreichischen Landesregierung behandelt und durch den OÖ. LVWG bestätigt.
Im Stromnetz-Masterplan Oberösterreich 2026 (Planungsstand Juni 2016) betreffend den Ausbau des Hochspannungs-Stromnetzes (≥ 110.000V) in Oberösterreich ist die Stromversorgung P Süd, Ried-Raab als Projekt Nr. 17 enthalten.
Zu diesem Stromnetz-Masterplan wurde auch ein Gutachten der TU-Graz eingeholt, welches als Projekt Nr. 2016-13, datiert mit Dezember 2016, veröffentlicht wurde. Die Bewertung der TU Graz zu dem Projekt lautet wie folgt:

Die Stromversorgung der Gebiete um Raab ist derzeit als 30 kV-Anspeisung aus den Umspannwerken Grieskirchen, Aigerding bei Schärding, Ranna, Antiesenhofen und Ried

ausgeführt. Zur Sicherung der lokalen Versorgungsaufgabe und der Abstützung des Mittelspannungsnetzes ist eine neue 110 kV-Leitung von Ried nach Raab notwendig.

Neben dem Grundsatz einer möglichst siedlungsfernen Trassenführung waren die Lage der bestehenden 110 kV-Freileitung Ried-Grieskirchen, die Topographie sowie der geplante Umspannwerksstandort Raab auf Grundstück Nr. x, KG x, Gemeinde x maßgebend.

Die für den Bau, den dauernden Bestand und die Erhaltung der 110 kV-Freileitungsanlage konzipierte Trassenführung über vorwiegend land- und forstwirtschaftliche Flächen berücksichtigt die dominierenden leitungsbautechnischen Grundsätze und basiert im Wesentlichen auf Leitungsbau- und elektrischen Betriebsnormen, wie z. B.: ÖVE/ÖNORM EN 50341: Freileitungen über AC 45 kV, Allgemeine Anforderungen und ÖVE/ÖNORM EN 50110: Betrieb elektrischer Anlagen.

Ein sicheres, dauerhaftes, zuverlässiges und leistungsfähiges Verteilernetz kann durch die Schaffung dieser 110 kV-Leitungsverbindung auf der in den Trassenplänen näher dargelegten Grundflächen mit entsprechend statisch dimensionierten Maststützpunkten und seit Jahrzehnten in Europa erprobtem Stand der 110 kV-Verteilernetztechnik eine technisch einwandfreie und wirtschaftliche Lösung der elektrischen Energieversorgungsaufgabe darstellen.

Aus energieversorgungstechnischen Gründen ergibt sich, dass der dauernde Bestand der 110 kV-Leitungsanlage in der vorliegenden Art der Trassenführung für den vorgesehenen Zweck mit zuverlässiger Betriebsweise im dargelegten plan- und niederschriftgemäßem Umfang tunlichst erforderlich ist. Die 110 kV-Freileitung ist eine linienförmige Transporteinrichtung, welche durchgängig zum Transport der elektrischen Energie dient. Eine Verlegung der 110 kV-Freileitung, welche im Zusammenhang mit den Leitungsrechten einfach verlangt werden kann, würde zu einer Unterbrechung dieser Durchgängigkeit führen. Daher ist bei den gegenständlichen Überspannungen der dauerhaft sichere Bestand aus technischer Sicht erforderlich.

Für den Bau, die Errichtung, den dauernden Bestand, den Betrieb und zur Erfüllung der Sicherheitsanforderungen nach ETG 1992 dieser 110 kV-Hochspannungsfreileitungsanlage werden entsprechend dem vorliegenden Projekt-/Trassenplan M 1 : 2000,

Zeichnungsnummer 1279-1139/3/09-206 vom 12.4.2018 betreffend 110 kV-Leitung Ried-Raab in den Leitungsspannfeldern Mast Nr. x – Nr. x – Nr. x das

Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch Mast Nr. x (beanspruchte Fläche 6,25 m^2), durch 139 lfm Überspannung in Leitungsachse (Ausmaß des Servitutsbereiches: 2980m^2 LN);

Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch 85 lfm Überspannung in Leitungsachse (Ausmaß des Servitutsbereiches: im Ausmaß 2323m^2 LN);

Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch 48 lfm Überspannung in Leitungsachse (Ausmaß des Servitutsbereiches: 1043m^2 LN);

Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch 46 lfm Überspannung in Leitungsachse (Ausmaß des Servitutsbereiches: 1207m^2 LN);

gemäß Antrag benötigt.

Heute wurde seitens der N. O. GmbH bekannt gegeben, dass die Parzelle Nr. x (öffentliches Gust), KG x zwischenzeitlich (seit dem Einreichplan vom 12.04.2018) zur Parzelle x, KG x hinzugefügt wurde. Damit ergibt sich bei der nunmehrigen Parzelle Nr. x, KG x, eine Verlängerung der Überspannung um 4 m und die Servitutsfläche wird um 70 m^2 größer.

Allgemein ist die Trassenbreite von der Nennspannung, dem Leiterseil (Phasenseil) und dem verwendeten Mastprofil definiert. Durch die Masse des Leiterseiles kommt eine Durchhangkurve zustande, die man als geometrische Form einer Hyperbel angeben kann.

Die mittels Elektrotechnikverordnung verbindlich erklärte elektrotechnische SNT-Vorschrift ÖVE/ÖNORM EN 50341: ‚Freileitungen über AC 45 kV' gilt für elektrische Freileitungen mit Nennspannung über 45 kV Wechselspannung. Diese Norm legt die allgemeinen Anforderungen fest, die bei der Planung, Errichtung und Bestand neuer Freileitungen erfüllt werden müssen, um sicherzustellen, dass die Freileitung ihren Zweck in Bezug auf Personensicherheit, Anforderungen an die Betriebssicherheit, Instandhaltung und Umweltfragen gerecht wird.

Die Herleitung der Draufsicht des Schutzbereiches/Grunddienstbarkeitsstreifens auf der Basis der normkonformen Mindestabstände der gegenständlichen 110 kV-Hochspannungsfreileitung wird bestimmt von der Breite der Aufhängepunkte der äußersten Leiterseile der zweisystemigen Ausführung der 110 kV-Freileitung, der etwaigen Ausschwingungen der Isolatorketten und einer Grundfläche, die von der Projektion der durch Wind ausgeschwungenen Leiterseile (für den ungünstigsten Regellastfall) auf den Boden bestimmt wird. Schließlich wird noch ein zusätzlicher Streifen mit dem Mindestschutzabstand gemäß Leitungsgruppe II der ÖVE/ÖNORM EN 50341, für die der Schutzbereich bestimmt wird, zugezählt. Diese Vorgehensweise für Auslegung und Bemessung von Freileitungen, bei der die Mindestanforderungen in der Vorschrift festgeschrieben sind, überlassen es dem planenden Techniker unter besonderen örtlichen oder sachlichen Verhältnissen diese Mindestkennwerte (z.B. zur Gefahrenabwehr und um elektrischen und mechanischen Beanspruchungen standhalten zu können) gemäß den Sicherheitsanforderungen nach ETG 1992 zu erhöhen.
Das erforderliche Maß des daraus abgeleiteten Schutzbereiches dient der beantragten Leitungsdienstbarkeit und damit auch der Entschädigung zugrunde gelegten Flächenbedarfes einer Leitungstrasse.

In dem Projektplan 1279-1139/3/09-206 vom 12.4.2018 für das gegenständliche Ermittlungsverfahren ist nach der verbindlichen ÖVE/ÖNORM EN 50341 „Freileitungen über AC 45 kV" die daraus notwendige und beanspruchte Grundrissfläche schraffiert zeichnerisch dargestellt und damit kann der erforderliche Servitutsbereich von insgesamt 7.623 m^2 aus dem Grundstück des Herrn Gerhard Bauschmied nachvollzogen werden. Ein Lokalaugenschein wurde von mir im Beisein der Behörde am 27.9.2018 durchgeführt.

Die Rauminanspruchnahme erhält man unter Zugrundelegung der Bodenabstände im Trassenverlauf. (siehe Trassenplan/Längenprofil Maßstab L 1 : 2.000; H 1 : 500, gemäß Z. Nr. 1279-0024 vom 10.6.2013)

Bei der (sicherheits)technischen Betrachtung des von der verbindlich erklärten ÖVE/ÖNORM EN 50341 „Freileitungen über AC 45 kV“ abgeleiteten und erforderlichen Schutzbereiches/Dienstbarkeitsstreifen ist somit aus elektrotechnischer und energiewirtschaftlicher Sicht die Dienstbarkeit auf dem

Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch Mast Nr. x (beanspruchte Fläche 6,25 m^2 bei der Erdoberfläche), durch 143 lfm Überspannung in Leitungsachse durch Leiterseile im freien Luftraum (mind. 9m Bodenabstand im Regellastfall) mit einem Servitutsbereich im Ausmaß von 3050 m^2;

Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch 60 lfm Überspannung in Leitungsachse durch Leiterseile beider Systeme im freien Luftraum (mind. 9m Bodenabstand im Regellastfall) und durch 73lfm Überspannung durch Leiterseile eines Systems mit einem Servitutsbereich im Ausmaß von 2323m^2 LN);

Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch 73 lfm Überspannung durch Leiterseile eines Systems im freien Luftraum (mind. 11m Bodenabstand im Regellastfall) mit einem Servitutsbereich im Ausmaß von 1043m^2;

Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch 46 lfm Überspannung in Leitungsachse (Ausmaß des Servitutsbereiches: 1207m^2 LN);

für die Errichtung und den störungsfreien Betrieb nach den gesetzlichen Sicherheitsanforderungen nach § 3 Abs. 1 und 2 des ETG 1992 für diese 110 kV-Freileitungsanlage erforderlich.

[...]

Aus elektrotechnischer Sicht ist auf der Basis der ÖVE(ÖNORM EN50110-1 auch während des Betriebes die Möglichkeit des Betretens und Befahrens notwendig, wobei mit dem Servitutsbereich das Auslangen zu finden ist. Damit die Maste erreicht werden können, müssen auch Grundstücke, welche „nur“ überspannt werden bzw. im Schutzbereich liegen, genutzt werden.

[...]

Auf der Basis der Vorgaben aus dem Bescheid AUWR-2014-47.901/109-Gu/Kj/Sc vom 01. Juli 2016 und auch auf Basis des darin enthaltenen Spruchteil B „elektrotechnische Prüfung“ ist für den Leitungserrichter und Betreiber im Zuge der Detailprojektierung, Errichtung, Inbetriebnahme und in der Betriebsphase eine Nutzung des Servitutsstreifens (schraffierte Fläche als Teil der Grundstücke im Plan 1279-1139/3/09-206) aus technischer Sicht erforderlich. Durch Anlagen oder Gebäude im Schutzbereich könnte zum Beispiel die Zugänglichkeit zu Maststandorten bzw. zur Freileitung entfallen.

Aus elektrotechnischer Sicht ist auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 und Abs. 2 des Elektrotechnikgesetzes 1992 und der dazu erlassenen Elektrotechnikverordnung 2002 [...] auf der Basis der verbindlichen ÖVE/ÖNORM EN50341 und ÖVE/ÖNORM EN50110-1 eine Einzelfallbeurteilung notwendig, sodass keine allgemeine Aussage getroffen werden kann ob ein Gebäude oder eine Einrichtung im Schutzbereich zulässig ist. Eine mögliche Gefährdung des sicheren Betriebes der 110 kV-Freileitung ist bei einem Brandereignis unterhalb bzw. im Gefährdungsbereich der Leitungsanlage wahrscheinlich zu erwarten. Aufgrund der Empfehlung Nr. 52 des Rechnungshofberichtes GZ 001.505/280-181/11 vom August 2011 sollten die Trassen von Starkstromfeilleitungen mit Instrumenten der Raumordnung von Bebauung frei gehalten werden."

I.5. Mit Bescheid der Oberösterreichischen Landesregierung vom 10. Oktober 2019, GZ: AUWR-2018-398154/17-HR/Rib, werden der N O GmbH, N, L, sowie deren Rechtsnachfolger(n) zur Sicherung der Errichtung, des dauernden Bestandes, des Betriebes und der Instandhaltung der mit Bescheid der Oberösterreichischen Landesregierung und des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 1. Juli 2016, GZ: AUWR-2014-47901/109-Gu/Kj/Sc), und mit Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes Oberösterreich vom 18. April 2017, GZ: LVwG-850650/30/SE - 850675/2, rechtskräftig genehmigten 110 kV-Freileitung Ried-Raab zu Lasten der im bücherlichen Eigentum des G. B., [...], x, x, vertreten durch die x Rechtsanwalts GmbH (Wien), befindlichen Grundstücke Nr. x, Nr. x, Nr. x und Nr. x, jeweils EZ x, KG x als dienende Grundstücke im Enteignungsweg nachfolgende Dienstbarkeiten eingeräumt:

„die Dienstbarkeit der Duldung der Errichtung einer 110 kV-Leitungsanlage, des Bestandes und des Betriebs der fertiggestellten Leitungsanlage, der jederzeitigen Überprüfung, Instandhaltung und Erneuerung der Leitungsanlage, der Entfernung der diese Arbeiten sowie den sicheren Bestand der Leitungsanlage hindernden oder gefährdenden Bäume, Sträucher und Äste, des jederzeitigen Betretens und Befahrens der genannten Grundstücke, der erforderlichen Arbeiten und Vorkehrungen sowie der Unterlassung sämtlicher Handlungen, die eine Beschädigung oder Störung der Leitungsanlage zur Folge haben könnten, sowie der Unterlassung der Errichtung von Baulichkeiten und Anlagen aller Art auf den Grundstücken Nr. x, Nr. x, Nr. x und Nr. x, jeweils EZ x, KG x.

Zugrunde liegender Plan:
-Projektplan (Trassenplan) Nr. 1279-1139/3/09-206A vom 7. Oktober 2019

Ausmaß der Beanspruchung der genannten Grundstücke:

- Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch Mast Nr. x (beanspruchte Fläche 6,25 m^2 bei der Erdoberfläche) sowie durch 143 lfm Überspannung in Leitungsachse durch Leiterseile im freien Luftraum (mind. 9 m Bodenabstand im Regellastfall) mit einem Servitutsbereich im Ausmaß von 3050 m^2

- Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch 60 lfm Überspannung in Leitungsachse durch Leiterseile beider Systeme im freien Luftraum (mind. 9 m

Bodenabstand im Regellastfall) und durch 73lfm Überspannung durch Leiterseile eines Systems mit einem Servitutsbereich im Ausmaß von 2323 m^2 LN

- Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch 73 lfm Überspannung durch Leiterseile eines Systems im freien Luftraum (mind. 11 m Bodenabstand im Regellastfall) mit einem Servitutsbereich im Ausmaß von 1043 m^2

- Grundstück Nr. x, LN, EZ x, KG x, Gemeinde x durch 46 lfm Überspannung in Leitungsachse (Ausmaß des Servitutsbereiches: 1207 m^2 LN)“

I.6. Im Spruchpunkt II. wurde eine Gesamtentschädigung für die zwangsweise Begründung von Dienstbarkeiten gemäß Spruchpunkt I. in der Höhe von 20.143,61 Euro festgesetzt.

I.7. Dagegen erhob G. B., vertreten durch E. & P. OG, Rechtsanwälte – Strafverteidiger, x, x (in der Folge: der Beschwerdeführer) fristgerecht Beschwerde. Er beantragte, die Aufhebung des angefochtenen Bescheides im angefochtenen Umfang und die Zurückverweisung der Angelegenheit zur neuerlichen Entscheidung an die Behörde; in eventu Spruchpunkt I. des angefochtenen Bescheides dahingehend abzuändern, dass lediglich Leitungsrechte iSd §§ 11 ff Oö. Starkstromwegegesetz zwangsweise eingeräumt werden; in eventu die Abänderung bzw. Ergänzung des Spruchs dahingehend, dass die Unterlassung der Errichtung von Baulichkeiten und Anlagen aller Art nur insofern zu erfolgen hat, als diese Maßnahmen elektrotechnischen Sicherheitsvorschriften widersprechen sowie, dass das Betreten und Befahren des belasteten Grundstücks nur gegen Vorankündigung gegenüber dem Grundstücksbesitzer mit Ausnahme des Falles „Gefahr in Verzug“ erfolgt und Spruchpunkt III.2. dahingehend abzuändern, dass die Vertretungskosten auf die mündliche Verhandlung vor der Behörde, das gegenständliche Rechtsmittel und die allfällige mündliche Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich aufgeteilt und anteilig auch auf das Konto [...] überwiesen werden.
Darüber hinaus wurde die Einholung eines ergänzenden Gutachtens des Sachverständigen für Elektrotechnik und Energiewirtschaft sowie eines Gutachtens aus dem Fachbereich Landwirtschaft beantragt.

Die Beschwerde wurde im Wesentlichen wie folgt begründet:

- Die Leitungsrechte nach dem Landesgesetz würden ausreichen, die Errichtung, den Bestand und den Betrieb der bewilligten 110 kV-Leitungsanlage zu sichern. Darauf sei die belangte Behörde konkret aber nicht umfassend eingegangen.
- Die Erneuerung der Leitungsanlage sei vom rechtskräftigen Bewilligungsbescheid vom 1. Juli 2016 nicht gedeckt.
- Die Enteignung verletze auch das verfassungsgesetzlich gewährleistete Eigentumsrecht nach Art. 5 StGG und Art. 1 des 1. ZP zur EMRK. Nur unter den gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen und nur aus Gründen des öffentlichen Interesses dürfe Eigentum entzogen werden.

- Das verfassungsgesetzlich gewährleistete Eigentumsrecht werde durch das Verbot der Errichtung von Baulichkeiten und Anlagen aller Art auf dem gegenständlichen Grundstück verletzt. Dieses Bauverbot sei völlig überschießend, weil bereits die Einräumung eines Leitungsrechtes den Bestand und Betrieb der Leitungsanlage ausreichend sicherstellen würde.
- Das Bauverbot beziehe sich auf die gesamten Grundstücke, was jedoch jedenfalls außerhalb des Überspannungsbereichs nicht erforderlich sei.
- Der im angefochtenen Bescheid angeführte Projektplan (Trassenplan) vom 12.04.2018 sei nicht zum integrierenden Bestandteil des Bescheides erklärt worden und auch sprachlich und grammatikalisch nicht mit den eingeräumten Zwangsrechten verbunden worden.
- Es sei in der Begründung die Berechnung des Ausmaßes des Servitutsbereiches nicht ausgeführt worden.
- Die belangte Behörde beschränke sich ausschließlich darauf, dass eine Freilandleitung beantragt worden sei, obwohl im Zusammenhang mit dem Eigentumseingriff zu prüfen sei, was das gelindeste Mittel darstellt. Dies sei jedenfalls eine Erdkabelverlegung. Die Verlegung von Erdkabeln sei Stand der Technik.
- Jedenfalls wären die gegenständlichen Zwangsrechte im vorgeschriebenen Umfang bei einer Verlegung von Erdkabeln nicht notwendig.
- Es wäre auch das Recht auf Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz verletzt. Jene Grundstückseigentümer, die mit der mitbeteiligten Partei eine Vereinbarung abgeschlossen haben, seien in mehrfacher Hinsicht bessergestellt. Dies sei unsachlich und gleichheitswidrig.
- Daraus ergebe sich aber auch, dass die eingeräumten zwangsweisen Dienstbarkeiten nicht das gelindeste Mittel darstellen. Zur Umsetzung des öffentlichen Interesses hätte es offensichtlich zumindest nur jener Einschränkungen bedurft, wie in den Dienstbarkeitsvereinbarungen vorgesehen, so zum Beispiel Möglichkeit der Errichtung von Baulichkeiten innerhalb des jeweiligen Servitutstreifens bei Einhaltung der elektrotechnischen Sicherheitsvorschriften.
- Eine uneingeschränkte Belastung der Liegenschaft mit den jeweiligen Dienstbarkeiten sei zur Umsetzung des öffentlichen Ziels nicht notwendig.
- Die zeitlich uneingeschränkte Einräumung der Dienstbarkeiten führe dazu, dass bei Erneuerung der Leitungsanlage der neueste Stand der Technik, was jedenfalls eine Ausführung mittels Erdkabel sei, nicht zu berücksichtigen sei.
- Auch das Recht des Betretens und des Befahrens der gegenständlichen Grundstücke sei überschießend eingeräumt worden.
- Die belangte Behörde habe sich mit dem Inhalt der mit anderen Grundstückseigentümern abgeschlossenen Dienstbarkeitsverträge nicht auseinandergesetzt. Die Einschränkungen gemäß dem vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag würden im Vergleich zu den nunmehr uneingeschränkten Rechtseinräumungen eine gelindere Dienstbarkeitseinräumung darstellen.
- Es sei im angefochtenen Bescheid nicht festgelegt, dass sich die zwangsweise Rechtseinräumung flächig nur auf den im Plan eingezeichneten Schutzbereich

der Leitungstrasse und nicht auf die betroffenen Grundstücke zur Gänze bezieht.
- Im angefochtenen Bescheid würde der ausdrückliche Bezug auf den Bewilligungsbescheid vom 1. Juli 2016 samt Anlagen fehlen.

I.8. Mit Schreiben der belangten Behörde vom 18. November 2019, eingelangt am selben Tag, wurde die Beschwerde unter Anschluss des Verfahrensaktes dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich zur Entscheidung vorgelegt und die Abweisung der Beschwerde beantragt.

I.9. Die mitbeteiligte Partei brachte in ihrer Stellungnahme vom 2. Dezember 2019, in der die Abweisung der Beschwerde beantragt wurde, zusammengefasst Folgendes vor:

- Das Projekt 110 kV-Freileitung Ried-Raab sei rechtskräftig bewilligt, weshalb ein besonderes öffentliches Interesse mit dem gegenständlichen Leitungsbauvorhaben festgestellt ist.
- Auch die Bewilligungen nach diversen anderen gesetzlichen Materien würden vorliegen.
- Das konkrete Vorbringen, das in der Beschwerde gegen die Zulässigkeit der Einräumung einer Dienstbarkeit im Wege der Enteignung und insbesondere gegen den Umfang der Dienstbarkeit erhoben wird, sei als präkludiert anzusehen.
- Die Errichtungskosten seien in der Größenordnung von ca. 600.000 Euro pro Kilometer Leitungslänge veranschlagt.
- Ein Leitungsrecht verschaffe der mitbeteiligten Partei keinen Anspruch auf dauernde Belassung einer elektrischen Leitungsanlage auf den vorgesehenen Grundstücken, weshalb die Einräumung eines Leitungsrechtes völlig unzureichend sei.
- Es sei nicht möglich, abstrakt Anlagen zu beschreiben, die von vornherein von einem Bauverbot ausgenommen werden könnten. Im Einzelfall seien vielfältige technische Anforderungen zu prüfen.
- Ein Bauverbot ohne jegliche Ausnahme liege nicht vor, da die zwangsweise eingeräumte Dienstbarkeit den Bestimmungen der §§ 472 ff ABGB über Dienstbarkeiten unterliege.
- Dienstbarkeitsberechtigte müssten sich solche Einschränkungen gefallen lassen, welche die Ausübung der Dienstbarkeit nicht ernstlich erschweren oder gefährden. Dies sei im Einzelfall zu prüfen.
- Die eingeräumte Dienstbarkeit beziehe sich nicht auf die gesamte Grundstücksfläche.
- Der Plan Nr. 1279-1139/3/09-206A vom 7. Oktober 2019 sei mit einer Bezugsklausel zum angefochtenen Bescheid versehen. Dieser diene eindeutig dazu, den Umfang des eingeräumten Rechts abzugrenzen.

- Die eingeräumten Dienstbarkeiten seien zur Umsetzung des bewilligten Projekts unbedingt erforderliche Zwangsmittel. Eine Prüfung von Projektalternativen habe unter diesem Aspekt nicht zu erfolgen.
- Das Vorbringen betreffend Gleichheitswidrigkeit sei gänzlich unverständlich. Inhalte von Verträgen seien im Rahmen der Privatautonomie der Beteiligten auszuhandeln.
- Als Unternehmen, das mittelbare im öffentlichen Eigentum steht, habe sie grundsätzlich auch die Fiskalgeltung der Grundrechte zu beachten, woraus sich eine Verpflichtung ergebe, ihre Vertragspartner nicht unsachlicher Weise ungleich zu behandeln. Daraus ergebe sich aber keinerlei Verpflichtungen gegenüber Dritten, die nicht zu einem Vertragsabschluss bereit sind.
- Die Verträge würden keine grundlegend anderen Regelungen als in den Zwangsrechtsanträgen begehrt, enthalten. Sie sehen in der Regel eine etwas größere Ausdehnung des Servitutsstreifens vor, weil dessen äußere Begrenzung der Einfachheit halber parallel zur Leitungstrasse verlegt und wofür auch eine entsprechend höhere Entschädigung geleistet wird.
- Die Errichtung und Inbetriebnahme von elektrischen Leitungsanlagen sowie Änderungen oder Erweiterungen würden, soweit diese über den Rahmen der hierfür erteilten Bewilligung hinausgehen, einer Bewilligung bedürfen. Dies treffe auch dann zu, wenn durch eine Leitungsumlegung neue Grundstücke in Anspruch genommen oder es zu einem nicht baugleichen Austausch wesentlicher Teile einer Leitung kommen würde.
- Mit der gegenständlichen Einräumung von Dienstbarkeiten sei das gelindeste Mittel gewählt und das Eigentum nicht vollständig entzogen worden.

I.10. Mit Schriftsatz vom 19. Juni 2020, eingelangt am 22. Juni 2020, stellte der Beschwerdeführer den Antrag, das gegenständliche Verfahren bis zur rechtskräftigen Entscheidung des beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich anhängigen Verfahrens betreffend beantragter Wiederaufnahme des starkstromrechtlichen Bewilligungsverfahrens der 110 kV-Freileitung Ried-Raab zu Zl. LVwG-851368/8/SE/KN, auszusetzen.

Begründend wurde angeführt, dass mit rechtskräftigem Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes Oberösterreich vom 18. April 2017, Zl. LVwG-850650/30/SE - 850675/2, die Beschwerde des (nunmehrigen) Beschwerdeführers gegen den Bescheid der Oö. Landesregierung vom 1. Juli 2016, AUWR-2014-47901/109-Gu/Kj/Se, abgewiesen wurde. Der Beschwerdeführer hat dazu einen Antrag an das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich gemäß § 32 Abs. 1 VwGVG auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. Eine Entscheidung darüber liege noch nicht vor.
Das Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes Oberösterreich vom 18. April 2017, Zl. LVwG-850650/30/SE - 850675/2, und der Bescheid der Oö. Landesregierung vom 1. Juli 2016, AUWR-2014-47901/109-Gu/Kj/Se, seien Grundlage für das gegenständliche Verfahren, weshalb das Ergebnis dieses Wiederaufnahme-

verfahrens eine elementare Bedeutung für das gegenständliche Beschwerdeverfahren habe.

I.11. Mit Schriftsatz vom 22. Juni 2020, eingelangt am gleichen Tag, brachte der Beschwerdeführer zusammengefasst noch vor, dass entsprechend der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Rates vom 27. Juni 2001 (SUP Richtlinie) für die 110 kV-Freileitung Ried – Raab eine strategische Umweltprüfung durchgeführt werden hätte müssen. Der relevierte Bescheid sei daher rechtswidrig.
Darüber hinaus seien im o.a. Wiederaufnahmeverfahren Urkunden vorgelegt worden, wonach eine Erdkabelvariante sowohl technisch umsetzbar als auch für die Betreiberseite wirtschaftlich wäre.

Es wurde die Beischaffung und Verlesung des Aktes des Landesverwaltungsgerichtes Oberösterreich, Zl. LVwG-851368/8/SE/KN, beantragt.

I.12. Der o.a. Aussetzungsantrag und das o.a. ergänzende Beschwerdevorbringen des Beschwerdeführers wurden den übrigen Parteien mit E-Mails vom 22. Juni 2020 zur Kenntnis gebracht.

I.13. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich führte am 23. Juni 2020 eine mündliche Verhandlung, bei der der rechtsfreundlich vertretene Beschwerdeführer, die mitbeteiligte Partei, die belangte Behörde und der beigezogene Amtssachverständige für Elektrotechnik und Energiewirtschaft (in der Folge: ASV) anwesend waren, durch. Die Beschwerdeverfahren GZ: LVwG-850267 - 851268, LVwG-851300 bis LVwG-850302 und LVwG-851316 wurden gemäß § 12 Oö. LVwGG zur gemeinsamen Verhandlung verbunden.

Alle Parteien konnten in der mündlichen Verhandlung jeweils ihre rechtlichen Standpunkte präzisieren und dartun sowie den anwesenden ASV befragen. Eingangs wurden die Beschwerdeführer und die mitbeteiligte Partei von der erkennenden Richterin befragt, ob es Bereitschaft gibt, sich gütlich zu einigen und ein entsprechendes Übereinkommen abzuschließen. Dies wurde aber von den Beschwerdeführern verneint.

Zum Aussetzungsantrag des Beschwerdeführers führte die mitbeteiligte Partei Folgendes aus:

„Der Antrag auf Aussetzung der Enteignungsverfahren, der mit einem vorliegenden Antrag auf Wiederaufnahme des Bau- und Betriebsbewilligungsverfahrens begründet wird, ist jedenfalls unberechtigt. Einem Antrag auf Wiederaufnahme des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens kommt nämlich keine aufschiebende Wirkung zu. Ein noch nicht erledigter Wiederaufnahmeantrag steht daher dem Vollzug einer rechtskräftigen Entscheidung nicht entgegen. Dies belegt z.B. der Beschluss des VwGH vom 28.1.2016, Ra 2015/21/0232. Der VwGH hat die Rechtslage als eindeutig eingestuft, sodass keine Rechtsfrage von

grundsätzlicher Bedeutung vorliege. Im vorliegenden Fall ist somit, ungeachtet des Wiederaufnahmeantrages, von einer rechtskräftigen Bau- und Betriebsbewilligung gemäß §§ 3 und 7 Oö. StWG auszugehen. Dies ist für die belangte Behörde und das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich bindend. Die Aussetzung des Verfahrens bis zur Entscheidung, die bei einem Rechtsbehelf der nach Eintritt der formellen Rechtskraft eines verwaltungsgerichtlichen Erkenntnisses erhoben wurde, kommt auf Grund der Rechtskraftwirkung von vornherein nicht in Betracht. Ich verweise in dem Zusammenhang auf die Judikatur des VwGH. Zur Unzulässigkeit der Aussetzung des Verfahrens eines Verwaltungsgerichts mit der Entscheidung des VwGH über eine anhängige Revision, und zwar die Erkenntnisse vom 23.5.2017, Ra 2016/10/0148 und zum 29.6.2017, Ra 2016/04/0150 sowie zur Bindungswirkung verwaltungsgerichtlicher Erkenntnisse auch auf die Entscheidung des LVwG Oberösterreich vom 20.04.2018, GZ: LVwG-850864/7."

Die belangte Behörde schloss sich diesen Ausführungen an.

Zum ergänzenden Beschwerdevorbringen des Beschwerdeführers führte die mitbeteiligte Partei Folgendes aus:

„Die Beschwerdeergänzung geht rechtlich ins Leere. Die Behauptung, dass bezüglich des gegenständlichen Vorhabens eine SUP erforderlich sei, ist nicht begründet. Richtig ist, dass es eine noch nicht abgeschlossene Diskussion über eine allfällige SUP-Pflicht des Netzentwicklungsplans gibt, die Gegenstand des Vertragsverletzungsverfahrens 2017/4072 ist. Beim Netzentwicklungsplan handelt es sich jedoch um ein Planungsinstrument, dass der Übertragungsnetzbetreiber auszuarbeiten hat (vgl. dazu §§ 29 Abs. 1 Z 17 und 29a Oö. ELWOG). Übertragungsnetzbetreiber ist in Oberösterreich ausschließlich die A. P. G. AG (§ 28 Abs. 1 Oö. ELWOG). Die mitbeteiligte Partei ist hingegen Verteilernetzbetreiber im Sinne der §§ 2 Z 81 und 31ff ELWOG. Die Differenzierung zwischen Übertragungsnetzbetreiber und Verteilernetzbetreiber ist durch das Unionsrecht vorgegeben. (Verweis auf Art. 2, 4 und 6 der RL 2009/72/EG). Die gegenständliche 110 kV-Leitung ist Teil des Verteilernetzes der mitbeteiligten Partei. Es gibt bezüglich einer solchen Leitungsanlage keine Pläne und Programme, die im Sinne der SUP-RL von einer Behörde ausgearbeitet und/oder angenommen werden und die auf Grund von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erstellt werden müssen. Im Übrigen sieht das Vorhaben bezüglich der SUP-Pflicht auf eine angeblich unzureichende Prüfung der öffentlichen Interessen ab, die jedoch im Bau- und Betriebsbewilligungsverfahren durchzuführen ist. Das die Enteignung rechtfertigende öffentliche Interesse ist mit der starkstromwegerechtlichen Baubewilligung rechtskräftig festgestellt (VwSlg 13237A und VfSlg 7878). Bezüglich der Erdkabelvariante verweise ich auf die schriftliche Stellungnahme zur Beschwerde. Hervorzuheben ist, dass im Enteignungsverfahren nur noch eingewendet werden kann, dass die Grundinanspruchnahme zur Umsetzung des bewilligten Vorhabens nicht erforderlich sei (VwGH 19.09.2000, 2000/05/0179). Zur Behauptung dass mit der Leitung auch Datenkabeln mitgeführt werden sollen, die für betriebsexterne Zwecke genützt werden können, ist festzuhalten, dass so eine Nutzung von den Anträgen der mitbeteiligten Partei und den jeweils stattgebenden angefochtenen Bescheiden nicht umfasst ist. Allfällige Mitbenutzungsrechte gemäß den §§ 7ff Telekommunikationsgesetz sind nicht Gegenstand des Verfahrens nach dem Oö. StWG. Die mitbeteiligte Partei strebt eine solche Nutzung nicht an, hat aber keinerlei Einfluss darauf, ob ein hierzu Berechtigter ein solches Recht geltend macht."

Von der belangten Behörde wurde zum ergänzenden Beschwerdevorbringen Folgendes vorgebracht:

„Die gegenständliche 110-kV Freileitung fällt aus Sicht der belangten Behörde nicht unter die Tatbestände der SUP-RL und wir verweisen darauf, dass es selbst bei den Leitungen des 380-kV Übertragungsnetzes der APG noch umstritten ist, ob die SUP-RL überhaupt anzuwenden ist. Bei der gegenständlichen 110-kV Freileitung handelt es sich nur um eine kleine lokale Leitung, mit relativ geringen Umweltauswirkungen."

Der ASV führte zusammenfassend in seiner fachlichen Stellungnahme auf Befragung durch die Parteien und die Verhandlungsleiterin an:

Die zweisystemige 110-kV Freileitung stellt eine linienförmige Transporteinrichtung für elektrische Energie dar. Zu diesem Zweck darf keine Unterbrechung dieser Durchgängigkeit erfolgen. Bei den Leitungsrechten ist den Grundbesitzern die Möglichkeit eingeräumt, die elektrische Leitungsanlage entfernen zu lassen. In diesem Falle, müsste vom Leitungsbetreiber eine Ersatzlösung unter Einbindung der damit betroffenen Grundbesitzer gefunden bzw. auch bewilligt werden. Damit verbunden wäre auch eine Unterbrechung der Durchgängigkeit der 110-kV Freileitung und damit eine Reduktion der Versorgungssicherheit.

Zu dem Ausmaß der beantragten Flächen, welche in den jeweiligen Plänen schraffiert dargestellt sind, wird aus der Sicht der Elektrotechnik festgehalten, dass die Grundlage für die Ermittlung der schraffierten Flächen die durch die Elektrotechnik-VO verbindlich erklärte ÖVE/ÖNORM EN 50341: Freileitungen über AC 45 kV ist. Dabei wird vom Regellastfall bei der Freileitungsanlage ausgegangen und entsprechend der vorhin genannten Norm der ausgeschwungene Leiterseilzustand senkrecht nach unten auf die Grundfläche unter Berücksichtigung des seitlichen Mindestabstandes der vorhin genannten Norm projiziert. Die Ermittlung der schraffierten Flächen konnte aus technischer Sicht nachvollzogen werden.

Zu der Thematik Unterlassung der Errichtung von Baulichkeiten und Anlagen aller Art im Bereich der schraffierten Flächen auf den jeweils angeführten Grundstücken, wird aus elektrotechnischer Sicht festgehalten, dass entsprechend der durch die Elektrotechnik-VO verbindlich erklärten ÖVE/ÖNORM EN 50341 und der ÖVE/ÖNORM EN 50110-1 im Einzelfall zu beurteilen ist, ob eine Anlage oder ein Bauwerk dem dauerhaft sicheren Betrieb der 110-kV Freileitung gefährden könnte. Eine mögliche Gefährdung des sicheren Betriebes der 110-kV Freileitung ist bei einem Brandereignis in Abhängigkeit der Brandlast unterhalb bzw. im Gefährdungsbereich der Leitungsanlage aus der bisherigen Erfahrung wahrscheinlich zu erwarten.

Zusätzlich wird auf die Empfehlung Nr. 52 des Rechnungshofberichtes GZ: 001.505/280-181/11 vom August 2011 verwiesen, wonach die Trassen von Starkstromfreileitungen mit Instrumenten der Raumordnung von Bebauung freigehalten werden sollten.

Entsprechend der auf der Homepage des Landes Oö. des veröffentlichten Gutachtens des Unternehmens EY mit dem Titel „Investitions- und Kostenvergleich – 110 kV Erdkabel und 110 kV Freileitung im ländlichen Raum“ ergibt sich im Durchschnitt der untersuchten 110 kV Freileitungen ein gesamter Errichtungskostenbetrag von 657.000 Euro pro km.

Die Notwendigkeit der gegenständlichen 110 kV Freileitung Ried-Raab für die Stromversorgung des Bereiches Raab nach den (N-1) – Planungskriterium wurden im Gutachten der TU Graz (Projektnummer 2016-13, datiert mit Dezember 2016) zum Stromnetz – Masterplan Oö. 2026 (Planungsstand Juni 2016) mit dem Erfordernis zur Sicherung der lokalen Versorgungsaufgabe und der Abstützung des Mittelspannungsnetzes begründet. Dieses Gutachten hat nach wie vor Aktualität.

Bei Einhaltung aller Normen ist davon auszugehen, dass die Leitungsanlage den sicherheitstechnischen Anforderungen entspricht.

Die größte Breite des gegenständlichen Servitutsstreifens, welche die Fläche des Gefährdungsbereichs darstellt, beträgt 28 m. Die Zufahrt wird im Einzelfall festgelegt und erfolgt innerhalb der schraffierten Fläche, wobei aus technischer Sicht mit der schraffierten Fläche das Auslangen gefunden wird. Es gibt Situationen bei Masten, bei denen in Absprache zwischen den Grundbesitzern und dem Netzbetreiber ein insgesamt günstigerer Weg zum Maststandort sinnvoll ist, als auf der schraffierten Fläche.

Die mitbeteiligte Partei stellte außer Streit, dass mit anderen Grundstückseigentümern Dienstbarkeitsverträge wie jener Optionsvertrag, der der Beschwerde angeschlossen ist, abgeschlossen wurden.

Auf die Einwendung der Beschwerdeführer, dass mit dem Bau der gegenständlichen 110 kV- Freileitung nicht binnen der gesetzlichen Frist von drei Jahren begonnen worden sei, brachte die mitbeteiligte Partei vor, dass der Baubeginn hinsichtlich des Gesamtprojekts und nicht hinsichtlich einzelner Liegenschaften maßgeblich sei. Es sei bereits im November 2019 mit Masterrichtungen begonnen worden und mit den Errichtungsarbeiten des Umspannwerks, das auch Teil der Baubewilligung sei, schon im Frühjahr 2019.
II.1. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat Beweis erhoben durch Einsichtnahme in den Verfahrensakt, das Beschwerdevorbringen, die schriftlich eingebrachten Stellungnahmen und die Durchführung einer mündlichen

Verhandlung am 23. Juni 2020, in der der beigezogene Amtssachverständige für Elektrotechnik und Energiewirtschaft eine gutachtliche Stellungnahme abgab.

II.2. Aufgrund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens gilt folgender entscheidungsrelevanter Sachverhalt als erwiesen:

Der Beschwerdeführer ist Eigentümer der Grundstücke Nr. x, Nr. x, Nr. x und Nr. x, jeweils EZ x, KG x.

Mit Bescheid vom 1. Juli 2016, GZ: AUWR-2014-47901/109-Gu/Kj/Sc, und mit Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich vom 18. April 2017, GZ: LVwG-850650/30/SE - 850675/2, wurde die starkstromwegerechtliche Errichtungs- und Betriebsbewilligung für die 110 kV-Freileitung Ried-Raab erteilt.

Der Verfassungsgerichtshof hat die Behandlung der gegen diese Entscheidung erhobenen Beschwerden mit Beschluss vom 27. Juni 2017, E 1900/2017-7, abgewiesen.
Eine dagegen erhobene außerordentliche Revision wies der Verwaltungsgerichtshof mit Beschluss vom 20. Dezember 2017, Zl. Ra 2017/04/0107 bis 0108-10, zurück.

Alle sonstigen erforderlichen Bewilligungen sind rechtskräftig vorhanden, insbesondere die naturschutzrechtliche Bewilligung mit Bescheid der Oberösterreichischen Landesregierung vom 13. April 2017, GZ: N-2016-443408/16-Pin, die Rodungsbewilligung mit Bescheid des Landeshauptmanns von Oberösterreich vom 26. Mai 2017, GZ: LFW-2016-443603/48-Nb, die wasserrechtliche Bewilligung mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Schärding vom 14. November 2017, GZ: WR10-127-10-2017/St-Pat, die luftfahrtrechtliche Bewilligung mit Bescheid des Landeshauptmanns von Oberösterreich vom 2. Jänner 2017, GZ: VERK-2016-439382/2-Ai.

Die mitbeteiligte Partei stellte mit Schriftsatz vom 18. Juli 2018 den Antrag, im Wege der Enteignung die Dienstbarkeit der Duldung der Errichtung der mit Erkenntnis das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich vom 18. April 2017, GZ: LVwG-850650/30/SE-850675/2, rechtskräftig genehmigten 110 kV-Freileitung Ried-Raab, des Bestandes und des Betriebs der fertiggestellten Leitungsanlage, der jederzeitigen Überprüfung und Instandhaltung und Erneuerung der Leitungsanlage, der Entfernung der diese Arbeiten sowie den sicheren Bestand der Leitungsanlage hindernden oder gefährdenden Bäume, Sträucher und Äste, des jederzeitigen Betretens und Befahrens des genannten Grundstückes, der erforderlichen Arbeiten und Vorkehrungen sowie die Unterlassung sämtlicher Handlungen, die eine Beschädigung oder Störung der Leitungsanlage zur Folge haben könnten, sowie die Unterlassung der Errichtung von Baulichkeiten und Anlagen aller Art auf dem gegenständlichen Grundstück entsprechend den Plänen Nr. 1279-1139/3/09-

206 vom 12. April 2018 im konkret angeführten Ausmaß der Beanspruchung einzuräumen.

Die mitbeteiligte Partei versuchte wiederholt, eine gütliche Einigung mit den Beschwerdeführern zu erzielen. Im Zeitraum von 13. Februar 2013 bis 22. Mai 2018 nahm die mitbeteiligte Partei neunmal schriftlich, telefonisch und persönlich Kontakt mit dem Beschwerdeführer bzw. dessen Rechtsvertretung auf.

Dabei wurden entsprechende Entwürfe von Dienstbarkeitsverträgen und Entschädigungsangebote vorgelegt. Der Beschwerdeführer beantwortete die Angebote nicht oder lehnte sie ab.
Die belangte Behörde versuchte, im Rahmen der mündlichen Verhandlung am 8. August 2019 ein privatrechtliches Übereinkommen zu erzielen. Das wurde vom Beschwerdeführer ausgeschlagen. Auch konnte in der mündlichen Verhandlung am 23. Juni 2020 keine Einigung erzielt werden.

Der dauernde Bestand der gegenständlichen 110 kV-Leitungsanlage ist in der vorliegenden Art der Trassenführung für die dauerhafte Versorgungssicherheit, Zuverlässigkeit, Leistung und Qualität der Stromversorgung aus energieversorgungstechnischen Gründen in der Region x erforderlich. Die Stromversorgung P ist im Stromnetz-Masterplan Oberösterreich 2026 als Projekt Nr. 17 enthalten.

Die gegenständliche zweisystemige 110 kV-Leitungsanlage ist eine zum durchgängigen Transport elektrischer Energie dienende linienförmige Transporteinrichtung und dient der Energieversorgung, weshalb die Durchgängigkeit gewährleistet sein muss. Bei einer Verschwenkung der Leitungsanlage ist für die Wiederherstellung der notwendigen durchgängigen Verbindung eine Zeitdauer von mindestens einem Jahr erforderlich.

Das für den Bau, die Errichtung, den dauernden Bestand, den störungsfreien Betrieb und zur Erfüllung der Sicherheitsanforderungen nach ETG 1992 der gegenständlichen 110 kV-Hochspannungsfreileitungsanlage Basis als verbindlich erklärten ÖVE/ÖNORM EN 50341 „Freileitungen über AC 45 kV“, sind aus elektrotechnischer und energiewirtschaftlicher Sicht die beantragten Dienstbarkeiten auf den Grundstücken Nr. x, Nr. x, Nr. x und Nr. x, jeweils EZ x, KG x, zwingend erforderlich. Bei der Berechnung des Ausmaßes wird vom Regellastfall bei der Freileitungsanlage ausgegangen und der ausgeschwungene Leiterseilzustand senkrecht nach unten auf die Grundfläche unter Berücksichtigung des seitlichen Mindestabstandes projiziert. Die in den Plänen schraffierten Flächen (Servitutsflächen) wurden so ermittelt und sind aus technischer Sicht nachvollziehbar.

Eine mögliche Gefährdung des sicheren Betriebes der 110 kV-Freileitung ist bei einem Brandereignis in Abhängigkeit der Brandlast unterhalb bzw. im Gefährdungsbereich der Leitungsanlage wahrscheinlich zu erwarten.
In der Empfehlung Nr. 52 des Rechnungshofberichts, GZ: 001.505/280-181/11 vom August 2011 wird empfohlen, die Trassen von Starkstromfreileitungen mit Instrumenten der Raumordnung von Bebauung freizuhalten.

Die Zufahrt zu diesen Grundstücken erfolgt durch die mitbeteiligte Partei über die Leitungstrasse.

Der Baubeginn des Umspannwerks Raab erfolgte am 18. März 2019.

II.3. Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich hinsichtlich Vorliegen der gesetzlichen Bewilligungen und berührten Grundstücke eindeutig aus den Aktenunterlagen.

Bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich wurde sodann auch weiterhin kein Einigungswille bzw. das etwa beabsichtigte Herstellen einer Einigung klar bekundet und dabei von den Beschwerdeführern eben auch das Motiv hierfür nicht ansatzweise angedeutet.

Der beigezogene Amtssachverständige für Elektrotechnik und Energiewirtschaft hat sich schon im von der belangten Behörde durchgeführten Verfahren mit den Projektunterlagen fachlich auseinandergesetzt und einen Lokalaugenschein durchgeführt. Sein Gutachten vom 8. August 2019 als auch seine fachlichen Ausführungen in der mündlichen Verhandlung am 23. Juni 2020 sind plausibel, für Dritte nachvollziehbar und widerspruchsfrei. Ferner wurde von Seiten des Beschwerdeführers den fachlichen Ausführungen des Amtssachverständigen nicht auf gleicher fachlicher Ebene entgegengetreten, weshalb das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich diese seiner rechtlichen Beurteilung zugrunde legt.
Das gegenständlich festgelegte Flächenausmaß der Grundinanspruchnahme ist unter Zugrundelegung der im Gutachten des Amtssachverständigen angeführten technischen Vorschriften unbedingt für den Bau und den Betrieb der gegenständlichen Leitungsanlage erforderlich.

III. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat erwogen:

III.1. Anzuwendende Rechtslage:

III.1.1. Die maßgeblichen Bestimmungen des Oö. Starkstromwegegesetzes 1970 - Oö. StWG 1970, LGBl. Nr. 1/1971, idgF, lauten:

„§ 10
Erlöschen der Bewilligung

(1) Die Baubewilligung erlischt, wenn
a) mit dem Bau nicht innerhalb von drei Jahren ab Rechtskraft der Baubewilligung begonnen wird oder
[...]

§ 14
Ausübung der Leitungsrechte

(1) Bei der Ausübung von Leitungsrechten ist mit tunlichster Schonung der benützten Grundstücke und der Rechte Dritter vorzugehen. Insbesondere hat der Leitungsberechtigte während der Ausführung der Arbeiten auf seine Kosten für die tunlichste Ermöglichung des widmungsgemäßen Gebrauches des benutzten Grundstückes zu sorgen. Nach Beendigung der Arbeiten hat er einen Zustand herzustellen, der keinen Anlaß zu begründeten Beschwerden gibt. In Streitfällen entscheidet die Behörde.
(2) Durch die Leitungsrechte darf der widmungsgemäße Gebrauch der zu benutzenden Grundstücke nur unwesentlich behindert werden. Die Behörde hat auf Antrag des durch das Leitungsrecht Belasteten dem Leitungsberechtigten die Leitungsrechte zu entziehen, wenn der Belastete nachweist, daß die auf seinem Grundstück befindlichen elektrischen Leitungsanlagen oder Teile derselben die von ihm beabsichtigte zweckmäßige Nutzung des Grundstückes entweder erheblich erschweren oder überhaupt unmöglich machen.
(3) Sofern die für die Entziehung des Leitungsrechtes geltend gemachte Benützung nicht innerhalb von achtzehn Monaten ab Rechtskraft des Entziehungsbescheides erfolgt, ist dem bisherigen Leitungsberechtigten vom bisherigen durch das Leitungsrecht Belasteten für den erlittenen Schaden Vergütung zu leisten. § 21 Abs. 1 gilt sinngemäß.

§ 17
Enteignung

Wenn der dauernde Bestand der elektrischen Leitungsanlage an einem bestimmten Ort aus zwingenden technischen Gründen oder mit Rücksicht auf die unverhältnismäßigen Kosten ihrer Verlegung die Enteignung erfordert, so daß mit den Leitungsrechten nach den §§ 11 ff das Auslangen nicht gefunden werden kann, hat die Behörde über Antrag die Enteignung für elektrische Leitungsanlagen samt Zubehör einschließlich der Umspann-, Umform- und Schaltanlagen auszusprechen.

§ 18
Gegenstand der Enteignung

(1) Die Enteignung kann umfassen:
a) die Bestellung von Dienstbarkeiten an unbeweglichen Sachen,
b) die Abtretung von Eigentum an Grundstücken,
c) die Abtretung, Einschränkung oder Aufhebung anderer dinglicher Rechte an unbeweglichen Sachen und solcher Rechte, deren Ausübung an einen bestimmten Ort gebunden ist.
(2) Von Abs. 1 lit. b darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn die übrigen in Abs. 1

angeführten Maßnahmen nicht ausreichen.
(3) Der Enteignungsgegner kann im Zuge eines Enteignungsverfahrens die Einlösung der durch Dienstbarkeiten oder andere dingliche Rechte gemäß Abs. 1 in Anspruch zu nehmenden unverbauten Grundstücke oder Teile von solchen gegen Entschädigung verlangen, wenn diese durch diese Belastung die zweckmäßige Benützbarkeit verlieren würden. Würde durch die Enteignung eines Grundstückteiles dieses Grundstück für den Eigentümer die zweckmäßige Benützbarkeit verlieren, so ist auf dessen Verlangen das ganze Grundstück einzulösen.

§ 19
Durchführung von Enteignungen

(1) Auf das Enteignungsverfahren und die behördliche Ermittlung der Entschädigung sind die Bestimmungen des Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetzes, BGBl. Nr. 71/1954, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 112/2003, sinngemäß mit nachstehenden Abweichungen anzuwenden:
a) Über den Inhalt, den Gegenstand und den Umfang der Enteignung sowie über die Entschädigung entscheidet die Behörde.
b) Die Höhe der Entschädigung ist auf Grund der Schätzung wenigstens eines beeideten Sachverständigen im Enteignungsbescheid oder in einem gesonderten Bescheid zu bestimmen; im letzteren Fall ist ohne weitere Erhebungen im Enteignungsbescheid ein vorläufiger Sicherstellungsbetrag festzulegen.
c) Jede der beiden Parteien kann binnen drei Monaten ab Erlassung des die Entschädigung bestimmenden Bescheides (lit. b) die Feststellung des Entschädigungsbetrages bei jenem Landesgericht begehren, in dessen Sprengel sich der Gegenstand der Enteignung befindet. Der Bescheid der Behörde tritt hinsichtlich des Ausspruchs über die Entschädigung mit Anrufung des Gerichtes außer Kraft. Der Antrag an das Gericht auf Feststellung der Entschädigung kann nur mit Zustimmung des Antragsgegners zurückgezogen werden; in diesem Falle haben, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wurde, die im Bescheid der Verwaltungsbehörde enthaltenen Entschädigungsbeträge als vereinbart zu gelten.
d) Ein erlassener Enteignungsbescheid ist erst vollstreckbar, sobald der im Enteignungsbescheid oder in einem gesonderten Bescheid bestimmte Entschädigungsbetrag oder der im Enteignungsbescheid festgelegte vorläufige Sicherstellungsbetrag (lit. b) gerichtlich hinterlegt oder an den Enteigneten ausbezahlt ist.
e) Auf Antrag des Enteigneten kann an die Stelle einer Geldentschädigung eine Entschädigung in Form einer gleichartigen und gleichwertigen Naturalleistung treten, wenn diese dem Enteignungswerber unter Abwägung des Einzelfalles wirtschaftlich zugemutet werden kann. Hierüber entscheidet die Behörde in einem gesonderten Bescheid gemäß lit. b.
f) Vom Erlöschen der elektrizitätsrechtlichen Bewilligung einer elektrischen Leitungsanlage (§ 10) ist der Eigentümer des belasteten Gutes zu verständigen. Er kann die ausdrückliche Aufhebung der für diese Leitungsanlage im Wege der Enteignung eingeräumten Dienstbarkeiten bei der Behörde beantragen. Die Behörde hat über seinen Antrag die für die elektrische Leitungsanlage im Enteignungswege eingeräumten Dienstbarkeiten unter Vorschreibung einer der geleisteten Entschädigung angemessenen Rückvergütung durch Bescheid aufzuheben.
g) Hat zufolge eines Enteignungsbescheides die Übertragung des Eigentums an einem Grundstück für Zwecke einer elektrischen Leitungsanlage stattgefunden, so hat die Behörde über binnen einem Jahr ab Abtragung der elektrischen Leitungsanlage gestellten

Antrag des früheren Eigentümers oder seines Rechtsnachfolgers zu dessen Gunsten die Rückübereignung gegen angemessene Entschädigung auszusprechen. Für die Feststellung dieser Entschädigung gilt lit. c.
(2) Die Einleitung und die Einstellung eines Enteignungsverfahrens, das sich auf verbücherte Liegenschaften oder verbücherte Rechte bezieht, sind durch die Behörde dem Grundbuchsgericht bekanntzugeben."

III.1.2. Die maßgebliche Bestimmung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 50/1991, idgF, lautet:

„§ 38

Sofern die Gesetze nicht anderes bestimmen, ist die Behörde berechtigt, im Ermittlungsverfahren auftauchende Vorfragen, die als Hauptfragen von anderen Verwaltungsbehörden oder von den Gerichten zu entscheiden wären, nach der über die maßgebenden Verhältnisse gewonnenen eigenen Anschauung zu beurteilen und diese Beurteilung ihrem Bescheid zugrunde zu legen. Sie kann aber auch das Verfahren bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Vorfrage aussetzen, wenn die Vorfrage schon den Gegenstand eines anhängigen Verfahrens bei der zuständigen Verwaltungsbehörde bzw. beim zuständigen Gericht bildet oder ein solches Verfahren gleichzeitig anhängig gemacht wird."

III.2. Zum Einwand betreffend Erlöschen der Baubewilligung gemäß § 10 Oö. StwG 1970:

Mit dem rechtskräftigen Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes Oberösterreich vom 18. April 2017, GZ: LVwG-850650/30/SE - 850675/2, wurde unter näher vorgeschriebenen Auflagen und Bedingungen das von der mitbeteiligten Partei beantragte Projekt Neubau der 110 kV-Freileitung Ried-Raab und Neubau des Umspannwerkes Raab starkstromwegerechtlich genehmigt. Es handelt sich dabei um ein Gesamtprojekt. Der Baubeginn ist daher auf das Gesamtprojekt abzustellen und nicht auf die einzeln betroffenen Grundstücke.

Als Beginn der Bauausführung ist jede auf die Errichtung eines bewilligten Bauvorhabens gerichtete bautechnische Maßnahme anzusehen, wobei es konkret, weil das Oö. StwG 1970 keine näheren Bestimmungen trifft, unerheblich ist, in welchem Größenverhältnis die durchgeführten Arbeiten zum geplanten Bauvorhaben stehen. Bereits die Errichtung eines kleinen Teiles, wie z.B. ein der Herstellung dienliches Fundament, ist schon als Baubeginn anzusehen. Im Ergebnis ist daher auf den Beginn von Arbeiten zur Verwirklichung des bewilligten Bauvorhabens abzustellen.

Der Baubeginn des Umspannwerkes Raab, das Inhalt des genehmigten Projektes ist, erfolgte am 18. März 2019, also jedenfalls rechtzeitig vor Ablauf der Dreijahresfrist.

III.3. Zum Antrag auf Aussetzung des Verfahrens hinsichtlich eines beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich anhängigen Antrages auf Wiederaufnahme des Bewilligungsverfahrens des Projektes „Neubau der 110 kV-Freileitung Ried-Raab und Neubau des Umspannwerkes Raab“:

Eine Vorfrage ist eine Rechtsfrage, deren Beantwortung bzw. Lösung unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der Hauptfrage ist.

Nach § 38 letzter Satz AVG, der auch im verwaltungsgerichtlichen Verfahren anzuwenden ist, ist die Behörde nur dann zur Aussetzung des Verfahrens befugt, wenn das Verfahren über eine vorliegende Vorfrage noch nicht beendet, also insbesondere nicht rechtskräftig entschieden worden ist (vgl. VwGH vom 23.5.2017, Ra 2019/10/0148). Gegenständlich liegt eine rechtskräftige starkstromwegerechtliche Bau- und Betriebsbewilligung gemäß §§ 3 und 7 Oö. StWG 1970 vor (Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes Oberösterreich vom 18. April 2017, GZ: LVwG-850650/30/SE - 850675/2). Dass gegen diese Entscheidung ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens eingebracht wurde, ändert an der Rechtskraft der Bau- und Betriebsbewilligung nichts (vgl. dazu VwGH vom 29.6.2017, Ra 2016/04/0150), an welche die belangte Behörde und auch das Landesverwaltungsgericht im gegenständlichen Verfahren - innerhalb der Rechtskraft - gebunden sind. Die Voraussetzung für eine Enteignung, dass die elektrische Leitungsanlage dem öffentlichen Interesse an der Versorgung der Bevölkerung oder eines Teiles derselben mit elektrischer Energie nicht widerspricht, liegt - rechtskräftig - mit der starkstromwegerechtlichen Bewilligung der 110 kV-Freileitung Ried-Raab vor.

Nachdem keine Vorfrage iSd § 38 AVG hier zu klären war, waren der Antrag auf Aussetzung des Verfahrens sowie der Antrag auf Verlesung des Aktes LVwG-850368 als unbegründet abzuweisen.

III.4. Vorweg ist unabhängig von den konkreten Bestimmungen des Oö. StWG 1970 zur Enteignung an sich auszuführen, dass eine Enteignung (nur) dann zulässig ist, wenn ein konkreter Bedarf nach Verwirklichung des im öffentlichen Interesse liegenden Vorhabens besteht, wenn weiters das Objekt der Enteignung geeignet ist, diesen Bedarf unmittelbar zu decken und es schließlich unmöglich ist, den Bedarf anders als durch Enteignung zu decken (vgl. VwGH 21.3.2007, 2005/05/0297).
Den nach dem Oö. StWG 1970 zulässigen Eingriffen in fremdes Eigentum ist die Tatsache gemeinsam, dass sowohl die bloßen Leitungsrechte als auch die Enteignung nur zu Gunsten einer konkreten elektrischen Leitungsanlage für Starkstrom eingeräumt werden können, wobei die Bau- und Betriebsbewilligung für eine solche Leitungsanlage unter anderem nur dann zu erteilen ist, wenn die elektrische

Leitungsanlage dem öffentlichen Interesse an der Versorgung der Bevölkerung oder eines Teiles derselben mit elektrischer Energie nicht widerspricht.

Mit Bescheid vom 1. Juli 2016, GZ: AUWR-2014-47901/109-Gu/Kj/Sc, und mit Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich vom 18. April 2017, GZ: LVwG-850650/30/SE - 850675/2, wurde die starkstromwegerechtliche Errichtungs- und Betriebsbewilligung für die 110 kV-Freileitung Ried-Raab erteilt. Auch alle sonstigen erforderlichen materiengesetzlichen Bewilligungen sind rechtskräftig erteilt.

III.5. Wenn nun der Beschwerdeführer vorbringt, dass auch Erörterungen und Abwägungen in Bezug auf die dem Stand der Technik entsprechende Leitung elektrischen Stroms mittels Erdkabel vorgenommen hätten werden müssen, da im Enteignungsverfahren zu prüfen ist, welche Maßnahmen das gelindeste Mittel zur Gewährleistung der Realisierung der gegenständlichen Leitungsanlage ist und eindeutig die gelindeste Eigentumseingriffsvariante die „Erdkabelvariante“ sei, ist dazu auszuführen:
Voraussetzung für eine Enteignung ist u.a. die Feststellung, dass die elektrische Leitungsanlage dem öffentlichen Interesse an der Versorgung der Bevölkerung oder eines Teiles derselben mit elektrischer Energie nicht widerspricht. Dies ist dann der Fall, wenn für ein konkretes Projekt, hier die 110 kV-Freileitung Ried-Raab, eine starkstromwegerechtliche Bewilligung erteilt wird. Dieses bewilligte Projekt ist in der Folge auch Grundlage und Rahmen für die Einräumung von Leitungsrechten und Dienstbarkeiten im „Enteignungsverfahren“. Für eine, wie von den Beschwerdeführern im gegenständlichen Verfahren gewünschte, „Vorschreibung“ einer Erdkabelverlegung als gelindestes Mittel des Eigentumseingriffs liegt jedoch konkret keine starkstromwegerechtliche Genehmigung vor, weshalb diese im gegenständlichen Verfahren auch nicht zu prüfen ist. Alle diesbezüglichen Einwendungen des Beschwerdeführers gehen somit ins Leere.

Ferner ist festzustellen, dass, eine Anlage, wenn diese dem öffentlichen Interesse an der Energieversorgung dient, bei Vorliegen einer starkstromwegerechtlichen Baubewilligung nicht mehr zu hinterfragen ist (zur vergleichbaren Bestimmung der §§ 17 ff Stmk. Starkstromwegesetz StWG 1971, VwSlg. 13.237 A/1990; VfSlg. 7878).

Im Enteignungsverfahren kann grundsätzlich nur noch eingewendet werden, dass die Grundinanspruchnahme zur Umsetzung des bewilligten Vorhabens nicht erforderlich sei (VwGH 19.9.2000, 2000/05/0179).

III.6. Zum Beschwerdevorbringen, dass mit der Einräumung von Leitungsrechten gemäß § 11 Oö. StWG 1970 das Auslangen gefunden wäre, ist auszuführen, dass die zwangsweise Einräumung einer Dienstbarkeit nach § 17 Oö. StWG 1970 durch

Eintragung im Grundbuch dann keinen unverhältnismäßigen Eigentumseingriff darstellt, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Der beigezogene elektrotechnische Amtssachverständige hat sich sowohl im Verfahren vor der belangten Behörde als auch im gegenständlichen Beschwerdeverfahren mit diesem Vorbringen hinreichend auseinandergesetzt und plausibel dargestellt, dass für die Errichtung und den Betrieb der gegenständlichen Freileitungsanlage auf den gegenständlichen Grundstücken, deren Ausmaß auf Basis konkret angeführter elektrotechnischer Vorschriften bestimmt wird, die Einräumung einer Dienstbarkeit für den Bau, die Errichtung, den dauerhaften Bestand und Betrieb, insbesondere die Gewährleistung eines sicheren, dauerhaften, zuverlässigen und leistungsfähigen Verteilernetzes, erforderlich ist.

Da der Inhaber eines Leitungsrechtes nach §§ 11 ff Oö. StWG 1970 gewärtigen muss, dass die Behörde auf Antrag des Grundeigentümers jederzeit das Leitungsrecht entsprechend § 14 Abs. 2 Oö. StWG 1970 entziehen kann, stellt ein solches keine ausreichende Absicherung für den Bestand und den Betrieb einer technisch komplexen Leitungsanlage dar. Es ist daher im Hinblick auf die versorgungstechnische Bedeutung geradezu undenkbar, das Übertragungsnetz, aber auch hochrangige Verbindungen in den Verteilernetzen nur über Leitungsrechte abzusichern. Zu demselben Ergebnis gelangt man bei Berücksichtigung der hohen Kosten, die mit einer allfälligen Verlegung einer solchen elektrischen Leitungsanlage verbunden sind (vgl. dazu Neubauer/Onz/Mendel, Starkstromwegerecht, Kurzkommentar, 2010, RZ 34 zu § 11 und RZ 4f zu § 18 sowie auch Sladecek/Orglmeister, Starkstromwegegesetz S. 96f).

Nun hat der Amtssachverständige für Elektrotechnik und Energiewirtschaft festgehalten, dass der dauernde Bestand der gegenständlichen elektrischen 110 kV-Freileitungsanlage (konkret: sicherer Betrieb sowie dauernder Bestand) jedenfalls für eine derart wichtige Stromversorgungsanlage für die Region P erforderlich ist. Der dauernde Bestand der gegenständlichen Leitungsanlage erfordert somit aufgrund zwingender technischer Gründe und mit Rücksicht auf die unverhältnismäßigen Kosten die Enteignung, womit aber gerade das wesentliche Kriterium für die Enteignung gemäß § 17 Oö. StWG 1970 erfüllt ist.

Anzumerken ist, dass, sofern die Voraussetzungen für eine Enteignung gegeben sind, ein (bloßes) Leitungsrecht (gar) nicht eingeräumt werden kann, weshalb es also weder vom Willen der Konsenswerberin noch vom Ermessen der Behörde abhängt, ob im Einzelfall ein Leitungsrecht eingeräumt werden kann oder eine Enteignung in Form der Einräumung einer Leitungsdienstbarkeit nach § 18 Abs. 1 lit. a Oö. StWG 1970.
Je bedeutender und aufwändiger also eine elektrische Leitungsanlage ist, desto eher werden technische Gründe deren ungestörte Belassung an einem bestimmten Ort erfordern oder werden die Kosten einer etwaigen Verlegung gegenüber den

durchschnittlichen Kosten von Leitungsverlegungen unverhältnismäßig hoch sein, weswegen solche Anlagen gegen eine spätere Verlegung auch entsprechend gesichert werden müssen.

Es wird daher bereits bei Überlandleitungen mit einer Betriebsspannung von 30 kV oder darüber hinaus keinesfalls mehr mit Leitungsrechten das Auslangen gefunden werden können (wie Sladecek/Orglmeister, S. 97ff, ausführen).

Ferner ist sodann aufgrund § 17 Oö. StWG 1970 von der mitbeteiligten Partei zu Recht die Bestellung von Dienstbarkeiten (in Abgrenzung etwa zur Eigentumsabtretung) beantragt worden, weil eben aufgrund der Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes von mehreren denkbaren Eigentumseingriffen, die zur Erreichung eines im öffentlichen Interesse gelegenen Ziels in Betracht kommen, nur jener angewendet werden muss, der das gelindeste Mittel darstellt, weshalb Dienstbarkeiten der Vorrang vor der Abtretung von Eigentum an Grundstücken einzuräumen ist.
Tatsächlich rechtfertigt eine Überspannung eines Grundstückes im Regelfall den Eigentumsentzug nicht (Neubauer/Onz/Mendel, Starkstromwegerecht, Kurzkommentar, 2010 S. 180, RZ 27).

III.7. Das Ausmaß der Servitutsfläche der beanspruchten Grundstücke wurde unter Zugrundelegung der im Gutachten des Amtssachverständigen angeführten technischen Vorschriften bestimmt und stellt die unbedingt erforderliche Grundinanspruchnahme für den Bau und den Betrieb der gegenständlichen Leitungsanlage dar. Dazu ist festzuhalten, dass aus dem Spruch des angefochtenen Bescheides klar hervorgeht, dass nicht die gesamten Grundstücke, sondern nur jene Flächen dieser Grundstücke, die unter „Ausmaß der Beanspruchung betreffend die genannten Grundstücke“ konkret definiert und angeführt sind, von der Einräumung der Dienstbarkeiten betroffen sind.

III.8. Zum Einwand, dass der im angefochtenen Bescheid angeführte Projekt- bzw. Trassenplan vom 7. Oktober 2019 nicht zum integrierenden Bestandteil des Bescheides erklärt und auch nicht mit den Zwangsrechten verbunden worden sei, ist festzuhalten:

Der (aktualisierte) Projekt- bzw. Trassenplan vom 7. Oktober 2019 ist Teil des Antrages der mitbeteiligten Partei. Im Spruch ist dieser klausulierte und dem angefochtenen Bescheid angeschlossene Plan als „zu Grunde liegender Plan“ angeführt. Das alleine bedeutet schon, dass dieser Plan Teil des Bescheides bzw. Bescheidspruches ist. Es ist eine eindeutige Zuordnung zum Bescheid gegeben. Die Formulierung „ist integrierender Bestandteil des Bescheides“ ist nicht zwingend erforderlich.

Im Spruch des angefochtenen Bescheids wird entgegen den Ausführungen der Beschwerdeführer die gegenständliche starkstromrechtliche Bewilligung der 110 kV-Freileitung Ried – Raab klar bezeichnet und somit darauf ausreichend konkret Bezug genommen. Der Spruch lautet dahingehend auszugsweise „zur Sicherung der Errichtung, des dauernden Bestandes, des Betriebes und der Instandhaltung der mit Bescheid vom 1. Juli 2016, GZ: AUWR-2014-47901/109-Gu/Kj/Sc, und mit Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich vom 18. April 2017, GZ: LVwG-850650/30/SE - 850675/2, rechtskräftig genehmigten 110 kV-Freileitung Ried-Raab“.

III.9. Der Beschwerdeführer sieht sich durch das Verbot der Errichtung von Baulichkeiten und Anlagen aller Art in ihrem verfassungsrechtlich gewährleisteten Eigentumsrecht sowie im Recht auf Gleichbehandlung verletzt, da dieses überschießend sei, insbesondere im Vergleich mit den mit anderen betroffenen Grundstückseigentümern abgeschlossenen Dienstbarkeitsvereinbarungen.

Die hier eingeräumten Dienstbarkeiten beziehen sich auf die unbedingt erforderliche Grundinanspruchnahme für den Bau und den Betrieb der gegenständlichen Leitungsanlage, deren Ausmaß unter Einhaltung aller sicherheitstechnischen Vorschriften berechnet wurde. Mit jenen Grundstückseigentümern, mit denen die mitbeteiligte Partei sich geeinigt hat, wurden die in Anspruch zu nehmenden Flächen(ausmaße) der berührten Grundstücke vereinbart und sind sehr oft nicht auf die unbedingt notwendigen Flächen reduziert. Dass in den privatrechtlichen Vereinbarungen kein „absolutes Bauverbot“ für die ganze Servitutsfläche vereinbart wurde, ist daher logisch und nachvollziehbar.
Umso verständlicher ist es aber, dass dieses „Bauverbot“ das gänzliche Ausmaß der bescheidmäßig festgelegten Servitutsflächen (eingeschränkt auf das unbedingte notwendige Ausmaß) betrifft. Die Zufahrt zu diesen Servitutsflächen erfolgt in der Regel ausschließlich über die Leitungstrasse, weshalb gewährleistet werden muss, dass dies auch immer möglich ist.

Ein Dritter kann jedenfalls in seinem Recht auf Gleichbehandlung nicht durch eine zwischen zwei anderen Personen abgeschlossene privatrechtliche Vereinbarung verletzt werden.
Die belangte Behörde hatte keine Verpflichtung, sich mit den von der mitbeteiligten Partei mit anderen Grundstückseigentümern abgeschlossenen privatrechtlichen Vereinbarungen auseinanderzusetzen.

III.10. Die Zufahrt zu den berührten Grundstücken des Beschwerdeführers erfolgt über die Leitungstrasse. Es sind darüber hinaus keine Zufahrts- bzw. Zugangstrassen zu berücksichtigen, weshalb es dem Beschwerdeführer nicht erschwert wird, Bewirtschaftungspläne für ihre Grundstücke aufzustellen. Von der Einholung eines landwirtschaftlichen Gutachtens war daher abzusehen. Zudem haben die Beschwerdeführer keine detaillierten Darlegungen bzw. kein konkretes

Beweisthema vorgebracht. Die Einholung eines Gutachtens dient nicht zur Erforschung eines eventuell maßgeblichen Sachverhaltes. Dies würde einen unzulässigen Erkundungsbeweis darstellen.

III.11. Der Beschwerdeführer wendet ferner ein, dass die Einräumung der Dienstbarkeit zeitlich nicht beschränkt worden sei.
Dazu ist festzuhalten, dass zu den in § 17 Oö. StWG 1970 normierten Voraussetzungen einer Enteignung u.a. „ ... der dauernde Bestand der elektrischen Leitungsanlage ...“ zählt. Eine zeitliche Befristung ist nicht vorgesehen.

III.12. Wenn der Beschwerdeführer ausführt, dass eine Erneuerung unter Berücksichtigung des Standes der Technik, und das wäre eine Ausführung mittels Erdkabel, nicht berücksichtigt sei, so ist festzuhalten, dass eine „Erneuerung“ der gegenständlichen Leitungsanlage nur auf Basis der starkstromrechtlichen Bewilligung erfolgen könnte. Da konkret eine Freileitung genehmigt wurde, ist die mitbeteiligte Partei nicht berechtigt - aus welchen Gründen auch immer - die Leitung des Stroms mittels Erdkabel auszuführen.

III.13. Im Ergebnis erweist sich somit die in Beschwerde gezogene Entscheidung der belangten Behörde als frei von Rechtswidrigkeiten und war das Vorbringen der Beschwerdeführer somit nicht geeignet, Zweifel an deren Rechtmäßigkeit zu begründen. Die eingeräumten Dienstbarkeiten sind konkret nicht als überschießend zu bewerten.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

IV. Zu Spruchpunkt III. (Antrag auf Kostenersatz):

Gemäß § 74 AVG hat grundsätzlich jeder Beteiligte die ihm im Verwaltungsverfahren erwachsenen Kosten, wie den Ersatz des Schriftsatzaufwandes, selbst zu tragen; die Verwaltungsvorschriften können jedoch vorsehen, inwiefern ein Kostenersatzanspruch zusteht.

Gemäß § 19 Abs. 1 Oö. StWG 1970 iVm § 7 Abs. 3 Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 71/1954 idF BGBl. I Nr. 111/2010 (kurz: EisbEG), hat der Enteignungsgegner Anspruch auf Ersatz der zur zweckentsprechenden Rechtsverteidigung notwendigen Kosten seiner rechtsfreundlichen Vertretung und sachverständigen Beratung. Dem Enteignungsgegner gebührt voller Kostenersatz, soweit der Enteignungsantrag ab- oder zurückgewiesen oder in einem nicht nur geringfügigen Umfang zurückgezogen wird. In allen anderen Fällen gebührt dem Enteignungsgegner eine Pauschalvergütung in Höhe von 1,5 vH der festgesetzten Enteignungsentschädigung, mindestens aber 500 Euro und höchstens 7.500 Euro.

Aus dem Charakter einer „Pauschalvergütung“ ergibt sich, dass diese - unabhängig davon, welche Kosten im Einzelfall tatsächlich angefallen sind - jedenfalls zu ersetzen ist. Zwar enthielt § 7 Abs. 3 EisbEG nur idF BGBl. Nr. 297/1995 den Hinweis, dass die Vergütung zustehe, „ohne daß es eines Nachweises bedarf“ bzw. führten die Erläuterungen nur hier explizit aus, dass „die Pauschalentschädigung [...] jedem Enteigneten im Verwaltungsverfahren zu[steht], unabhängig davon, ob er überhaupt eine rechtsfreundliche oder sachverständige Beratung in Anspruch genommen hat“ (vgl. ErlRV 134 BlgNR 19. GP, S. 77), jedoch ist der hier einschlägigen Fassung des § 7 EisbEG und der Fassung BGBl. Nr. 297/1995 die Verwendung des Begriffs der „Pauschalvergütung“ gemein. Auch zeigt etwa ein Vergleich mit der VwG-Aufwandersatzverordnung, BGBl. II Nr. 517/2013, dass auch dort „Pauschalbeträge“ zugesprochen werden, die unabhängig von der Frage, ob überhaupt bezifferbare Kosten entstanden sind, zustehen.

Konkret steht dem Beschwerdeführer eine Pauschalvergütung in Höhe von 500 Euro zu.

V. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer einheitlichen Rechtsprechung. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Ebenfalls liegen keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht

mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

H i n w e i s

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.
Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.
Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Ellmer